

Gesetz

Inkrafttreten:

01.01.2018

vom 13. Dezember 2017

zur Änderung des Gesetzes über die Oberamtmänner

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

nach Einsicht in die Botschaft 2017-DIAF-37 des Staatsrats vom 31. Oktober 2017;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

Art. 1

Das Gesetz vom 20. November 1975 über die Oberamtmänner (SGF 122.3.1) wird wie folgt geändert:

Art. 4 Abs. 3

Den Ausdruck «dem Gesetz über das Dienstverhältnis des Staatspersonals» durch «der Gesetzgebung über das Staatspersonal» ersetzen.

Art. 5

Den Ausdruck «dem Gesetz über das Dienstverhältnis des Staatspersonals» durch «der Gesetzgebung über das Staatspersonal» ersetzen.

Art. 6 Abs. 1 und 2

¹ Der Oberamtmann wohnt im Bezirk. Der Staatsrat kann befristete Abweichungen von dieser Vorschrift genehmigen, wenn dadurch für die oberamtliche Verwaltung keine Nachteile entstehen.

² *Aufgehoben*

Art. 8 Abs. 2

Den Ausdruck «das Gesetz über das Dienstverhältnis des Staatspersonals» durch «die Gesetzgebung über das Staatspersonal» ersetzen.

Art. 10 Artikelüberschrift (betrifft nur den deutschen Text)
und Abs. 1 und 2 (betrifft nur den deutschen Text)

Vizeoberamtmann

¹ Auf Vorschlag des Oberamtmanns genehmigt der Staatsrat die Anstellung mindestens eines Vizeoberamtmanns pro Bezirk und vereidigt ihn.

² Den Ausdruck «Stellvertreter» durch «Vizeoberamtmann» ersetzen.

Art. 10a (neu) Oberamtmännerkonferenz

¹ Die Oberamtmännerkonferenz gewährleistet die Absprache und die Koordination zwischen den Oberämtern. Sie überweist ihr Organisationsreglement dem Staatsrat zur Genehmigung.

² Sie stellt die Verfahrenskoordination zwischen den Oberämtern sicher, damit eine effektive und effiziente Behandlung der Geschäfte in deren Zuständigkeitsbereich gewährleistet ist. Sie formuliert zuhanden des Staatsrats Vorschläge zu ämterübergreifendem Arbeiten, zur Nutzung von Synergien und zur Rationalisierung von Aufgaben sowie zur Optimierung der Nutzung der den Oberämtern zur Verfügung stehenden Ressourcen.

³ Bei Bedarf erlässt sie die Empfehlungen, die für die Koordination des staatlichen Handelns in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Oberamtmänner fallen, nötig sind.

Art. 11 Abs. 1^{bis} (neu)

^{1bis} Die Direktion, der die Oberämter zugewiesen sind ¹⁾, kann dem Oberamtmann gemäss der Gesetzgebung über das Staatspersonal Kompetenzen in der Personalbewirtschaftung übertragen.

¹⁾ Heute: Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft.

Art. 21 Bericht

Die Oberamtmännerkonferenz übermittelt dem Staatsrat jährlich bis 31. Januar einen Bericht über ihre Tätigkeit und die Lage in den Bezirken.

Art. 2

Das Gesetz vom 17. Oktober 2001 über das Staatspersonal (SGF 122.70.1) wird wie folgt geändert:

Art. 8 Abs. 1 Bst. e

[¹ Der Staatsrat hat folgende Aufgaben:]

- e) Er genehmigt die in Anwendung dieses Gesetzes von den Direktionen und Anstalten beschlossenen Kompetenzdelegationen an Dienstchefinnen und -chefs und an die Oberamt männer.

Art. 9 Abs. 3

³ Die Vorsteherinnen und Vorsteher der Direktionen sowie die Direktorinnen und Direktoren der Anstalten können Aufgaben der Personalbewirtschaftung, die in die Zuständigkeit der Direktion oder der Anstalt fallen, an Stabseinheiten, an die Dienstchefinnen und Dienstchefs oder an die Oberamt männer delegieren. Die Genehmigung durch den Staatsrat nach Artikel 8 Abs. 1 Bst. e bleibt vorbehalten.

Art. 3

¹ Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

² Es untersteht dem Gesetzesreferendum. Es untersteht nicht dem Finanzreferendum.

Der Präsident:

B. BOSCHUNG

Die Generalsekretärin:

M. HAYOZ